

Ausbildungsmarkt auf historischem Tiefpunkt



Foto: Andreas R/DGB-Jugend-Studie, S. 45

Das weltweit gerühmte System der dualen Berufsausbildung in Deutschland zeigt in der Corona-Pandemie deutliche Schwächen.[1] Der Ausbildungsmarkt befindet sich auf einem historischen Tiefpunkt.

Nur 465.700 Ausbildungsverträge haben die Arbeitgeber im vergangenen Jahr abgeschlossen – das ist der niedrigste Wert seit mehr als 40 Jahren. Laut Statistischem Bundesamt waren das 47.600 oder 9,3% Verträge weniger als im Jahr 2019.[2]

Im Ausbildungssektor Industrie und Handel, zu dem auch das Gast- und Verkehrsgewerbe gehört, ist die Zahl der Neuabschlüsse um 36.000 (11,9%) gesunken. Die größten Rückgänge gab es bei den Tourismuskauflenten mit fast zwei Dritteln, gefolgt von Hotelfachmännern bzw. -frauen mit minus 31% und Köch:innen mit minus 20%. Im Ausbildungsbereich Handwerk fiel der Rückgang deutlich geringer aus: minus 9.000 Verträge (6,5%). Bei den Neuabschlüssen lag auch im Corona-Jahr 2020 der Beruf »Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel« mit 24.890 Verträgen wieder knapp vor dem Beruf »Kaufmann/Kauffrau für Büromanagement« (22.940). Es folgen die Berufe Verkäufer:in (21.280), Kraftfahrzeugmechatiker:in (19.430), sowie Medizinische(r) Fachangestellte(r) (15.750).

Auch aktuell prägt die Pandemie die Entwicklung auf dem Ausbildungsmarkt: Bis Mai 2021 ist die Zahl der Bewerber:innen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum noch einmal um 8,3% gesunken, die der gemeldeten Berufsausbildungsstellen um 3,2%.

Die Covid-19-Pandemie wirkt sich jedoch nicht nur auf die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge aus. Sie hat auch deutliche Spuren bei den fast 1,5 Millionen Auszubildenden hinterlassen. Wie schon die Ergebnisse einer Betriebsbefragung des IAB im Herbst 2020 verdeutlichten, haben Kurzarbeit, Homeoffice und Betriebsschließungen die Betreuung von Auszubildenden und das Lernen im Betrieb massiv erschwert sowie deren Zukunftspläne stark beeinträchtigt.

In den zurückliegenden Monaten hat vor allem die Qualität der dualen Ausbildung deutliche Einbußen erlitten. Putz- und Aufräumarbeiten, Kellnern statt Eventmanagement, Unkraut zupfen statt Rezeption, Corona-Tests statt Trainingspläne: Mehr als ein Viertel der Auszubildenden (26,3%) muss »immer« oder »häufig« solche ausbildungsfremden Tätigkeiten erledigen, heißt es in der »Sonderstudie zu den Auswirkungen der Corona-Krise auf die duale Berufsausbildung« der DGB-Jugend.[3] Im Vergleich zur Vor-Pandemie-Zeit hat sich dieser Wert mehr als verdoppelt. In kleineren Betrieben (5-10 Beschäftigte) ist das Problem besonders ausgeprägt (35,5%).

60% der Befragten haben Teile ihrer Ausbildung im Homeoffice absolviert. Von Homeschooling bzw. Distanzunterricht waren fast alle Auszubildenden (94,9%) betroffen. Die Ergebnisse der »Corona-Ausbildungsstudie« offenbaren Qualitätsprobleme in den Betrieben und Berufsschulen. Fast die Hälfte (45,2%) der Auszubildenden vergibt schlechte Noten für die fachliche Qualität der Ausbildung im Homeoffice: 32,1% »befriedigend«, 9,2% »ausreichend« und 3,9% »mangelhaft«. Nur 35% der Befragten gaben an, dass sie alle Materialien und Geräte zur Verfügung gestellt bekommen haben, die sie für die Ausbildung von zu Hause aus benötigten. Jede/r Fünfte bekam keine Arbeits- und Lernmittel gestellt. Auch bei der Betreuung, die im Berufsbildungsgesetz vorgeschrieben ist, hat es Engpässe gegeben: Nur einem Drittel der Befragten (33,1%) standen Ausbilder:innen während der Homeoffice-Phasen »immer« zur Verfügung.

Die Befragten weisen auf erhebliche Mängel beim Berufsschulunterricht hin: Von den befragten Azubis, die bereits vor der Corona-Pandemie ihre Ausbildung begonnen haben, sagt etwa ein Drittel (30,1%), dass sich die fachliche Qualität des Berufsschulunterrichts seit der Pandemie verschlechtert hat. Ein schlechtes Zeugnis wird auch der digitalen Ausstattung der Berufsschulen ausgestellt: Mehr als die Hälfte der Auszubildenden (52,7%) bemängelt diese. Nur etwa ein Drittel (32,4%) der Befragten ist der Ansicht, dass sich diese Situation seit Beginn der Corona-Pandemie verbessert habe. Jede/r Zehnte (13,3%) stellte gar eine Verschlechterung fest. »Vor der Pandemie waren die Schulen technisch nicht auf dem Stand, auf dem sie hätten sein können«, kommentiert Friedrich Esser, Präsident des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB), die Befragungsergebnisse.

Da für die Prüfung notwendige Ausbildungsinhalte nicht vermittelt wurden, macht sich mehr als ein Drittel der Befragten (34,6%) »große« oder »sehr große« Sorgen, die Ausbildung nicht erfolgreich abschließen zu können. Insbesondere die Auszubildenden im dritten Ausbildungsjahr, die kurz vor ihren Abschlussprüfungen stehen, schätzen ihre Situation kritisch ein.

Die Berufsausbildung ist ein Lernverhältnis und kein klassisches Arbeitsverhältnis. Dennoch wurde in der Pandemiezeit mehr als die Hälfte der Auszubildenden (57,6%) »immer« oder »häufig« als volle Arbeitskraft eingesetzt. Ein Drittel der Auszubildenden (32,6%) musste »immer« oder »häufig« Überstunden machen; die meisten (fast 80%) wöchentlich bis zu fünf Stunden. Aber auch mehr als 20 Überstunden pro Woche sind vorgekommen. Wenn die Ausbildung aus betrieblichen Gründen ausgefallen ist, mussten die Betroffenen (23,3%) »Minusstunden« ansammeln. 83% von ihnen müssen die Minusstunden voll (55,2%) oder teilweise (27%) nacharbeiten, obwohl weder Überstunden noch Minusstunden im Berufsbildungsgesetz vorgesehen sind. »Die Ausbildungsinhalte müssen vielmehr in der vertraglichen Arbeitszeit vermittelt werden«, so Joscha Wagner, Jugendreferent beim DGB.

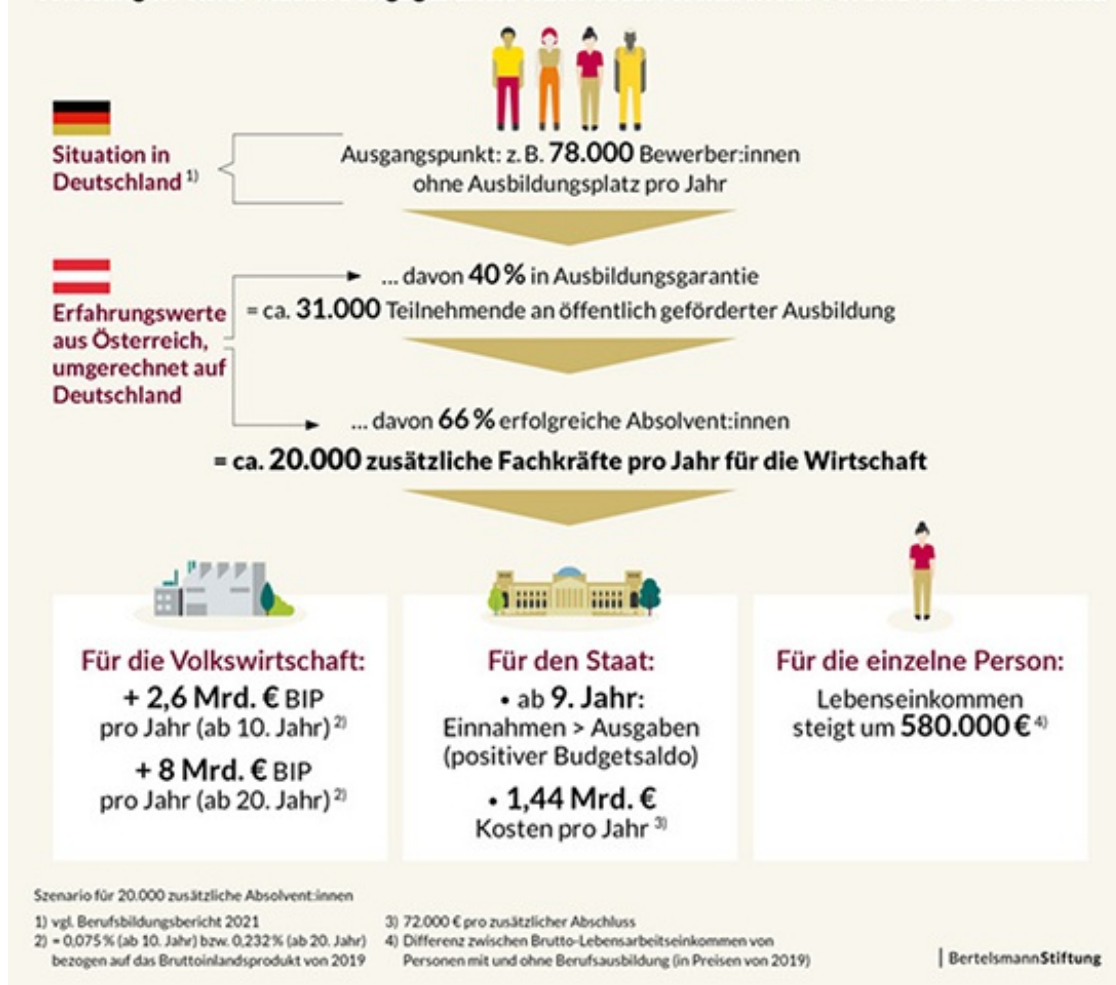
Krisenbedingte Kürzungen der Ausbildungsvergütungen musste knapp jede/r vierte Auszubildende (24,3%) in Kauf nehmen, obwohl dafür keine Rechtsgrundlage besteht. In Betrieben mit 5 bis 10 Beschäftigten waren dies sogar 37,9%. Obgleich es nicht erlaubt ist, wurde 18,7% der Befragten seit Beginn der Corona-Pandemie mindestens einmal der Urlaub gekürzt. Bei der Mehrheit der Betroffenen (61,6%) ging es dabei um bis zu fünf Urlaubstage. Damit eine gute Ausbildungsqualität vermittelt und geltende Gesetze eingehalten werden, seien »mehr effektive und regelmäßige Kontrollen in den Ausbildungsbetrieben« notwendig, fordert die DGB-Jugend. Gegen die Zukunftsängste von Auszubildenden helfe nur mehr Sicherheit – das heißt: eine berufliche Perspektive. Deshalb steht die unbefristete Übernahme nach der Ausbildung oben auf der gewerkschaftlichen Agenda.

Angesichts der deutlich gesunkenen Zahlen neu abgeschlossener Ausbildungsverträge bekräftigt der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) seine Forderung nach »einer gesetzlichen Ausbildungsgarantie«. Die derzeitigen Maßnahmen[4] reichen nicht aus, um nachhaltig Ausbildungsplätze zu sichern. Deshalb muss über- und außerbetriebliche Ausbildung einen höheren Stellenwert erhalten. »Es zerreißt unsere Gesellschaft, wenn mehr als zwei Millionen junge Menschen keine Ausbildung finden und gleichzeitig Betriebe über unbesetzte Ausbildungsplätze klagen«, erklärte die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack. »Ausbildung für alle« heiße das Ziel, um einem eklatanten Fachkräftemangel vorzubeugen. Eine gesetzliche Ausbildungsgarantie, gekoppelt an ein Umlagefinanzierungsmodell, wäre eine echte Strategie, um langfristig die Ausbildungsbereitschaft zu steigern.

Die gesetzliche Ausbildungsgarantie, nach dem Vorbild Österreichs, sei ein »absolutes Muss für einen neuen Koalitionsvertrag der nächsten Bundesregierung«. In Österreich bekommen seit 2008 Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz finden, eine überbetriebliche Ausbildung angeboten. Entweder wechseln sie nach einem Jahr in eine reguläre Ausbildung in der Wirtschaft oder sie erhalten am Ende der überbetrieblichen Ausbildung einen vollwertigen Abschluss.

Die ökonomischen Vorteile einer »gesetzlichen Ausbildungsgarantie« hat jüngst eine von der Bertelsmann-Stiftung in Auftrag gegebene Studie[5] untermauert. Das »Institut für Höhere Studien« (IHS) in Wien hatte das österreichische System auf die Bundesrepublik übertragen: Die makroökonomische Simulation zeigt in unterschiedlichen Szenarien, dass sich »eine Ausbildungsgarantie in Deutschland für Jugendliche, für die Wirtschaft und für die Gesellschaft auszahlt«. »Die Ausbildungsgarantie kann pro Jahr bis zu 20.000 zusätzliche Fachkräfte bringen«, erläuterte der Leiter der Studie, Clemens Wieland, im »Deutschlandfunk« – mit positiven Folgen für Wirtschaft und Staat. Während das Bruttoinlandsprodukt sowie Einnahmen aus Steuern und Sozialabgaben langfristig steigen würden, könne die Arbeitslosigkeit sinken. Absolvent:innen einer Berufsausbildung profitieren laut Studie sowieso: Ihr Lebens Einkommen würde durch eine abgeschlossene Berufsausbildung um 580.000 Euro steigen im Vergleich zur Erwerbsbiografie ohne Berufsausbildung (siehe Abbildung).

Wirkungen einer Ausbildungsgarantie nach österreichischem Vorbild in Deutschland



Nach den Vorschlägen der DGB- und IG Metall Jugend soll eine umlagefinanzierte gesetzliche Ausbildungsgarantie in Deutschland über drei Stufen funktionieren: Junge Menschen finden *erstens* eine passende Ausbildung in einem Betrieb. *Zweitens* sollen kleinere und mittelgroße Betriebe, die aufgrund mangelnder Kapazitäten nicht ausgebildet haben, auf das Modell der Verbundausbildung zurückgreifen. Das heißt: Ein Betrieb, der nicht über bestimmte Maschinen verfügt, sendet seine Auszubildenden an außer- oder überbetriebliche Einrichtungen, wo diese Ausbildungsmittel bereitstehen. Finden *drittens* junge Menschen keinen passenden betrieblichen Ausbildungsplatz, wird ihnen ermöglicht, ihre Ausbildung in einer außerbetrieblichen Einrichtung zu beginnen. Der Ausbildungsträger kooperiert mit Betrieben in der Region, in denen die Auszubildenden Praxisphasen absolvieren. Zudem besuchen die Auszubildenden die Berufsschule.

»Die Ausbildungsgarantie ist für uns nur in Verbindung mit einer Umlagefinanzierung über einen Zukunftsfonds vorstellbar«, betont Stefanie Holtz, Bundesjugendsekretärin der IG Metall. Aus diesem Fonds, in den alle Unternehmen einzahlen müssen, erhalten Betriebe, die ausbilden, eine finanzielle Förderung der Ausbildungskosten. Aus den weiteren eingezahlten Geldern wird die Bereitstellung zusätzlicher Ausbildungsplätze finanziert, also Kosten, die bei den außerbetrieblichen Trägern und deren Kooperationspartnern entstehen. »Die Umlagefinanzierung bietet den Betrieben einen zusätzlichen Anreiz, die Anzahl der Ausbildungsplätze zu erhöhen.«

Der Vorstoß der gewerkschaftlichen Jugendverbände stößt bei den Arbeitgebern auf Skepsis bzw. auf Ablehnung. Eine staatliche Garantie verleite die Jugendlichen »zu Passivität« und leiste »einer Anspruchshaltung« Vorschub, tönt es aus deren Verbänden. Alexander Burstedde vom arbeitgebernahen Institut der deutschen Wirtschaft (IW) bringt es auf den Punkt: »Ausbilden kostet am Ende des Tages Geld«, jedes Unternehmen müsse daher freiwillig entscheiden, ob »es eine duale Ausbildung anbieten möchte«. Es sind gerade solche Positionen, die die Einrichtung »umlagefinanzierter Zukunftsfonds« dringend erforderlich machen, damit alle Unternehmen – vor allem diejenigen, die bisher nicht ausbilden – ihren Qualifizierungsbeitrag leisten.

Anmerkungen

[1] Siehe den Kommentar von Klaus Bullan auf dieser Homepage.

[2] Statistisches Bundesamt: Duale Berufsausbildung: Historischer Rückgang der Zahl neuer Ausbildungsverträge im

Jahr 2020, Pressemitteilung 11.8.2021.

[3] DGB-Jugend: Sonderstudie zu den Auswirkungen der Corona-Krise auf die duale Berufsausbildung. Die repräsentative Befragung wurde vom Institut für sozialpädagogische Forschung Mainz (ISM) zwischen Februar und März 2021 durchgeführt. Befragt wurden 1035 Auszubildende.

[4] Der auf Initiative des DGB im Frühjahr 2020 entwickelte »Schutzschirm für die Ausbildung«, der mit dem »Bundesprogramm Ausbildungsplätze sichern« als Teil des Konjunkturpaktes im August 2020 von der Bundesregierung umgesetzt wurde, sieht Azubi-Prämien von bis zu 6.000 Euro je Ausbildungsvertrag vor. Trotzdem hat laut dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung jeder zehnte ausbildungsberechtigte Betrieb dieses Jahr weniger Lehrstellen angeboten als im Vorjahr.

[5] Bertelsmann-Stiftung: Ausbildungsgarantie bringt pro Jahr bis zu 20.000 zusätzliche Fachkräfte, 12.8.2021.

Quelle: https://www.sozialismus.de/nc/vorherige_hefte_archiv/kommentare_analysen/detail/artikel/ausbildungsmarkt-auf-historischem-tiefpunkt/